

Thesen zur Bildung eines regionalen Transformationsrates

1. Die Klimakrise zwingt die Industrie, dabei vor allem die Automobilindustrie mit allen Zulieferern zu einer gewaltigen Transformation, mit massiven Folgen für Beschäftigung, Arbeitsbedingungen, Löhne, Industriestruktur und für das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Mit Transformation gemeint ist damit in erster Linie die Elektromotorisierung des Individualverkehrs. Dieser Prozess ist bereits voll in Gange und wird durch die Regierung in vielfältiger Weise, in erster Linie durch massive Investitionen in die Ladeinfrastruktur und durch Investitionshilfen unterstützt. Um die Klimakatastrophe aufzuhalten, wäre jedoch eine umfassende Transformation hin zu einer emissionsfreien und ressourcenschonenden Wirtschaft zwingend notwendig. Eine Änderung der Antriebsformen greift zu kurz. Vielmehr ist ein grundlegender sozialökologischer Systemwechsel notwendig, als Voraussetzung für eine andere Wirtschafts- und Lebensweise. Anders als im Kapitalismus üblich sollen sich die Menschen nicht zwischen dem Erhalt ihres Arbeitsplatzes und der Zukunft ihrer Kinder und Enkel entscheiden müssen. Es geht um eine Perspektive, in der befriedigende Arbeit, ausreichende Löhne und Klimagerechtigkeit keine Gegensätze sondern zwei Seiten einer Medaille sind.

2. Eine solch umfassende Transformation ist nur möglich, wenn die Wirtschaft in umfassenden Maße demokratisiert und die bestehenden Eigentumsverhältnisse geändert werden. Das Konzept einer nachhaltigen Mobilitätswende liegt längst auf dem Tisch. Kommunen und Städte der kurzen Wege, fahrradfreundlich, gut ausgebauter ÖPNV mit dem auch der letzte Kilometer von der Endhaltestelle bis zur Haustür abgedeckt wird, deutliche günstigere Tickets bis hin zum ticketfreien ÖPNV. Das bedeutet bessere, sozial und ökologisch nachhaltige Mobilität, ohne auf den Besitz eines PKW angewiesen zu sein. Der Güterverkehr muss sowohl reduziert als auch auf die Bahn verlagert werden. Das geht nicht ohne massiven Ausbau der Bahn. Die Automobilmanager verkürzen die Mobilitätswende auf eine Antriebswende. Mercedes will sogar noch größere und teurere Luxusautos bauen, zu Lasten des Klimas, der natürlichen Ressourcen und der Arbeitsplätze. Das Interesse nach hohen Profiten steht mit dem Interesse einer nachhaltigen und sozialen Wirtschaftsweise in Widerspruch. Aber auch dem längerfristigen Interesse der Beschäftigten nach sicheren Arbeitsplätzen, die jetzt schon mit massiven Standortverlagerungen- und Schließungen, wie auch mit massiver Arbeitsplatzvernichtung konfrontiert werden. Durch eine Verdoppelung des Bahn- und ÖPNV Verkehrs können bis zu 400 000 Arbeitsplätze im industriellen Sektor geschaffen werden. Wirtschaftsdemokratie bedeutet u.a., dass die gesellschaftlichen Interessen der Mehrheit ausschlaggebend für die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen sind und nicht umgekehrt. Die Mitbestimmungsrechte der Belegschaften werden dabei erheblich erweitert und auch auf die wirtschaftlichen Entscheidungen ausgedehnt. Das von Angela Merkel formulierte Ziel einer marktkonformen Demokratie muss also umgekehrt werden zu einer Demokratisierung der Wirtschaft.

3. Wirtschaftsdemokratie und damit die Wahl von Wirtschafts- und Sozialräten soll auf allen Ebenen wirksam werden. Es bedarf dringend einer bundesweiten demokratischen Rahmenplanung, mit klaren Vorgaben für den sozialökologischen Umbau. Heute geht es um Wirtschafts- und Sozialräte oder konkreter um Transformationsräte auf der regionalen Ebene. Sie sollen die parlamentarische Demokratie nicht ersetzen sondern erweitern. Die IGM hat die Wirtschaftsdemokratie als Ziel sogar in ihrer Satzung verankert und fordert die Einrichtung von Transformationsräten, begrenzt diese jedoch auf die betriebliche

Transformation. Es braucht jedoch demokratische Entscheidungen darüber, was und wie produziert werden soll, in welche Richtung sich Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln sollen, damit wir im Hier und Jetzt ein gutes Leben für alle schaffen und die Zukunft unserer Kinder und Enkel nicht zerstören. Die aus der Arbeiterbewegung entspringende Vorstellung von Wirtschafts- und Sozialräten, die in erster Linie die Vertreterinnen der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der öffentlichen Hand im Blick hatte, muss heute erweitert werden um weitere gesellschaftliche Akteure, wie Vertreter*innen von Klimaschutzbewegung, Umwelt- und Verbraucherverbände, Sozialverbände, Wissenschaft und Kultur. Wie sich solche Räte im konkreten zusammensetzen, muss in einem demokratischen Verfahren entschieden werden.

4. Dass die demokratische Entscheidung vieler Akteure zu mehr und nicht weniger Kompetenz führt, zeigen hier in der Region die Erfahrungen mit Stuttgart 21 oder auch die Initiative um die künftige Nutzung des Schöttle-Areals. Zahlreiche Kompetenzgruppen bildeten sich, Architekt*innen, Ingenieur*innen, Gewerkschafter*innen, Umweltinitiativen, Verkehrsclubs, Bahnfreunde oder Mieter*inneninitiativen, Stadtplaner*innen, vertieften ihr Wissen und entwickeln sich zu Expert*innen. Heute ist kaum umstritten, dass sie mit ihren Einschätzungen und Prognosen richtiger lagen, als die professionellen Experten. Selbst das Bahnmanagement würde das Projekt nicht mehr bauen und erst diese Woche hat der Baubürgermeister der Stadt Stuttgart sich bei der künftigen Nutzung des Schöttleareals an den Vorstellungen der Initiative orientiert. Der sozialökologische Umbau der Industrie ist eine Mammutaufgabe, die nur mit komplexem Wissen, demokratischer Kooperation, effektiver Steuerung und ebenso schnellen wie langfristig ausgerichteten Investitionen gelingen kann. Dazu gehört auch, dass die Investitions- und Produktionsentscheidungen marktführender Konzerne an ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtet werden müssen. Dazu braucht es politischer und gesellschaftlicher Rahmenplanung und die Stärkung von öffentlichen, genossenschaftlichen und belegschaftseigenen Eigentumsformen.

5. Der von der Bundesregierung ausgerufenen und geplanten Transformationsdialog hat wenig bis nichts mit echter Demokratie der Wirtschaft zu tun. Es geht vielmehr darum, insbesondere Gewerkschaften und Kapitalverbände an der Modernisierungsstrategie der Regierung zu beteiligen und Erstere zu integrieren. Echte Mitbestimmungsrechte sind damit nicht verbunden. Deshalb ist ein erster Schritt auf dem Weg zur Wirtschaftsdemokratie alternative Transformationsräte in den Regionen zu bilden, die sich in die Auseinandersetzungen um die Transformation mit eigenen Vorschlägen, Forderungen und Konzepten einmischen und ihre Beteiligung verbunden mit klaren Rechten einfordern. Wir schlagen vor, in der Region mittlerer Neckarraum aus dieser Tagung heraus die Bildung eines Transformationsrates zu initiieren. Wie gesagt unter Beteiligung von Gewerkschafter*innen, Akteuren der Klimaschutz- und Umweltbewegung, Wissenschaftler*innen, Kommunalpolitiker*innen, Kulturschaffende, sozialer Initiativen und weiterer Gruppen und Organisationen. Der Rat soll eigene Vorschläge für einen alternativen Pfad der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung entwickeln, in dem sowohl die Beschäftigteninteressen nach guter Arbeit und auskömmlichen Löhnen, wie die nachhaltige Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Verhinderung der drohenden Klimakatastrophe miteinander verbunden werden. Die Gründung eines regionalen Transformationsrates wäre auch ein Impuls zur Bildung betrieblicher Transformationsräte um die notwendige Konversionsdebatte in den Betrieben auf den Weg zu bringen. Die

Einbeziehung von politischen und gewerkschaftlichen Akteuren in den Hochschulen kann die Frage der Umorientierung der Hochschulen, weg von unternehmensnaher Forschung, hin zu Wissensproduktion in gesellschaftlicher Verantwortung und im Dialog mit der Zivilgesellschaft aufgreifen.

6. Ein solcher Transformationsrat von unten könnte als erster Schritt die Interessen und Vorstellungen der verschiedenen Akteure, Gruppen und Organisationen erfragen, sammeln, bündeln und zur Grundlage einer transparenten Diskussion machen. Was erwarten die Gewerkschaften, die Umweltverbände, Wissenschaftler, Klimabewegung, soziale Verbände und Initiativen, Feministinnen, u.W. von der Transformation. Wo überschneiden sich ihre Interessen und Forderungen und wie können sie in die öffentliche Auseinandersetzung eingebracht werden oder auch konkrete Kämpfe und Initiativen verstärkt werden. Daraus könnte dann in einem weiteren Schritt ein Zukunftskonzept für die Transformation in der Region erarbeitet und entwickelt werden. Je transparenter dieser Prozess organisiert wird und je mehr Akteure gefragt und einbezogen werden, umso besser gelingt eine wahrnehmbare politische Einmischung. Die Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg wäre bereit, einen solchen Prozess zu begleiten und zu unterstützen.

7. Die Bildung eines alternativen Transformationsrates wäre sicherlich ein Experiment, jedoch eines, mit dessen Hilfe der von Wirtschaft und Staat vorgesehene Transformationsprozess als einzig vorstellbarer Weg in Frage gestellt wird und in einem gelebten demokratischen Raum der Zwangsläufigkeit der kapitalistischen Logik Alternativen entgegengesetzt werden. Eine Chance, die wir nicht ungenutzt lassen wollen.

Vorgelegt bei der Tagung

Spurwechsel – Gerechte Mobilitätswende, Sicherung von Arbeitsplätzen & alternative Produktion in Baden-Württemberg

am 2. Juli 2022, Stuttgart

